

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 9

Artikel: Betrachtungen zur sowjetrussischen Aussenpolitik
Autor: V.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Betrachtungen zur sowjetrussischen Außenpolitik

Der englische Verfasser dieser in «The Left News», London, erschienenen Studie hat während des Krieges zwei Jahre in der Sowjetunion verbracht; schon vor seinem Rußlandaufenthalt und auch nach dem Verlassen der Sowjetunion hat sich der Autor auf die russische Außenpolitik spezialisiert. Seine Ausführungen sind, wie nicht anders zu erwarten, da und dort mit spezifisch britischen Gesichtspunkten durchsetzt, die unsere Leser zu korrigieren nicht versäumen werden.

V. G.

Die drei Hauptfaktoren der sowjetrussischen Außenpolitik

Man muß sich, was man auch über die Ziele der sowjetrussischen Außenpolitik denken und wie man sie beurteilen mag, darüber klar sein, daß sie hauptsächlich durch folgende Faktoren bedingt sind:

1. Die Sowjetunion ist das einzige Land der Welt, das eine sozialistische Wirtschaftsordnung erreicht hat.
2. Die Schaffung dieser Ordnung, der Sieg über die deutschen Heere und alle übrigen Leistungen der Sowjetunion konnten nur durch eine stark zentralisierte Planwirtschaft erreicht werden.
3. Die Sowjetunion hat von allen am Krieg beteiligten Ländern (außer vielleicht Polen und Jugoslawien) die größten und entsetzlichsten Schäden erlitten, und die Wirkung der materiellen Schäden und der ungeheuren Menschenverluste wird noch durch die Belastung aus der rückständigen zaristischen Vergangenheit verschlimmert.

Aus diesen allgemeinen Faktoren ergeben sich gewisse andere.

Der erste Faktor hat in der Sowjetunion neben andern Auswirkungen einen mächtigen Glauben an die eigene Mission und ein gesteigertes Gefühl der Selbstgerechtigkeit hervorgerufen. Die Zurückweisung der zu Beginn der Revolution dem Weltproletariat ausgestreckten Hand und die Nichtannahme der dem Völkerbund gemachten Abrüstungsvorschläge hatte eine sehr ernüchternde Wirkung ausgeübt und zudem den Entschluß gefestigt, gegen jegliche Drohung von außen eine starke Verteidigungsmacht aufzubauen. Es handelte sich um eine Art von Selbstgerechtigkeit, die unter Umständen fünf Minuten lang die Hand ausstreckt, und dann, wenn sie zurückgewiesen wird, Jahre lang tödlich beleidigt ist. Man kann den 24 Jahren ausländischer Feindseligkeit die kurzen «Flitterwochen» entgegensetzen, da die «tapferen» Russen kein Unrecht tun konnten; und was man auch seit Potsdam von der Sowjetpolitik denken mag, muß man immer berücksichtigen, daß die «Flitterwochen» selbst zu kurz waren, um 24 Jahre berechtigten Mißtrauens zu beseitigen. Das Gefühl der Selbstgerechtigkeit und geistiger Überlegenheit hat auch seine starken Wurzeln in der alten slawischen Empfindung, dem einzig wahren Glauben anzugehören — dem einzig wahren Hüter des ursprünglichen Christentums — der orthodoxen Kirche.

Der zweite Faktor hat zur Folge, daß immer die drastische Methode: «Die ersten Dinge zuerst» angewandt wird, was alle, die mit Sowjet-Dienststellen oder -Beamten zu tun hatten, erfahren haben. Als Folge dieser Methode wird oft die Durchführung zweitrangiger Dinge gegenüber den als wichtigst erachteten so weit zurückgesetzt, daß ihre Grundlagen zu der Zeit, da sie zu erstrangigen Dingen werden, nicht mehr vorhanden sind. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß die Sowjetregierung größeres Interesse für die «Großen Drei» zeigt als für die Vollversammlungen der UNO, bei der, wie ein Sowjetkommentator hervorgehoben hat, z. B. das winzige Luxemburg ebenso viele Stimmen hat wie die riesige Sowjetunion.

Was den dritten Faktor anbelangt, so hat offensichtlich ein Gefühl des Stolzes und der Furcht, eigene Schwächen zu enthüllen, die Sowjetregierung veranlaßt, von den Zerstörungen und Verlusten, die das Land im Krieg erlitten hat, möglichst wenig zu reden. So war zunächst keine Hilfe von der UNNRA erbeten worden und erst später verlangten die Ukraine und Weißrußland Hilfe, die dann ab Ende des Jahres 1945 gewährt wurde.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß diese drei Faktoren sich gegenseitig verstärken. So hat sich z. B. die Tatsache, daß noch kein anderes Land die sozialistische Wirtschaftsform eingeführt hat, die Sowjetunion sehr skeptisch gestimmt und sie zu der Überzeugung gebracht, daß diese Leistung von keinem andern als dem Sowjetsystem der zentralisierten Planwirtschaft durchgeführt werden könnte. (Ich will zwar weiter unten versuchen auseinanderzusetzen, daß die Tür für die Durchführung anderer Möglichkeiten noch nicht völlig verschlossen ist.) Weiterhin muß zu der durch die Entdeckung der Atombombe verständlicherweise erregten Furcht die Verlegenheit und die Sorge über die Tatsache hinzugefügt werden, daß diese Entdeckung von einem kapitalistischen Land und nicht von einem sozialistischen gemacht worden ist. Zudem war die russische Einstellung zum Krieg gänzlich verschieden von der unsrigen. Nicht nur wegen der erlittenen Invasion und nicht nur wegen der Greuel, die Millionen von Russen zugefügt worden sind, Greuel, die kein Engländer hatte erdulden müssen, sondern hauptsächlich und von Anfang an, weil das Volk gelehrt worden war, daß es eines Tages von der feindseligen Außenwelt Krieg erwarten mußte — und das wird dem Volk auch heute noch gepredigt. So wird gesagt, daß, wenn nicht eine deutsche Aggression sich ereignet hätte, diese vermutlich von den Amerikanern oder Engländern unternommen worden wäre.

Seit dem Krieg hat sich aber die russische Einstellung äußeren Gefahren gegenüber infolge der Möglichkeit einer Atomkriegführung notwendigerweise gewandelt; hinzu kommt noch das ungemein erhöhte Prestige der Sowjetunion bei den internationalen Beratungen und die Tatsache, daß in England eine Labourregierung ans Ruder gekommen ist.

Während der Nationalismus — und nicht nur der Sowjet-Nationalismus, sondern auch der russische, der ukrainische, der armenische und der georgische — in der Kriegszeit als die sicherste geistige Waffe betrachtet wurde, hat seit Ende des Krieges der *Marxismus* wieder die Führung gegenüber den nationalistischen Strömungen übernommen. Dieser Wechsel ist natürlich kein grundlegender Wechsel, sondern lediglich eine Verlagerung der Emphase, und er stellt für diejenigen, welche die Sowjetpropaganda während des Krieges aufmerksam verfolgt haben, keine Überraschung dar. So konnte z. B. oft beobachtet werden, daß die Widerstandsbewegun-

gen in europäischen Ländern, vor allem in denen Ost-Europas, im Auslandsteil der Sowjetpresse viel mehr Beachtung fanden als die Operationen der Alliierten. Auf diese Weise wurde der Charakter des Krieges als der eines «Volkskrieges» stets in Erinnerung gebracht. Einige wenige Historiker und überbegeisterte Nationalisten unter den kleineren Nationalitäten der Sowjetunion sind in der letzten Zeit wegen Chauvinismus gemäßregelt worden. Andererseits sind offensichtlich keine jener Schwierigkeiten aufgetaucht, die gewisse ausländische Beobachter von der erneuten Betonung des marxistischen Programms erwartet hatten. Die Februarwahlen zum Obersten Sowjet gaben Gelegenheit, eine zwei bis drei Monate dauernde Wahlkampagne zu führen und dabei gründlich auf die früheren, gegenwärtigen und zukünftigen Leistungen der bolschewistischen Partei hinzuweisen.

Auch in den Beziehungen zum Ausland wurde wieder auf die marxistischen Bestrebungen besonderer Nachdruck gelegt, und die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in verschiedenen Ländern scheint diese neue Betonung wiederzuspiegeln. Doch dieses Problem ist gar nicht so einfach, und wenn der Kreml aus den Beziehungen zum Ausland auch nur eines gelernt hat, so scheint es das zu sein, daß diese Beziehungen in den einzelnen Ländern auf verschiedene Weise gepflegt werden müssen. Die Wandlung der Beziehungen der Sowjetunion zum Ausland ist am besten wie folgt zu charakterisieren: Sie gilt nicht der Wiederbelebung des Marxismus, sondern beruht auf der Erkenntnis, daß es möglich ist, neben den kapitalistischen Ländern zu leben — wenn diese es zulassen.

Die Politik der «besseren Beziehungen» zu andern Ländern

Für die Sowjetregierung ist es jetzt, angesichts der Schwäche der russischen Wirtschaftslage, nicht der geeignete Augenblick, vielen Ausländern die Möglichkeit zu geben, sich besser über die Verhältnisse im Lande zu informieren. Und angesichts der inneren Schwierigkeiten und der Wirkung, die bereits der Kontakt mit dem Westen auf so zahlreiche Sowjetbürger ausgeübt hat, scheint es nicht angebracht zu sein, Sowjetbürgern zu erlauben, mit fremden Ländern in näheren Kontakt zu treten — wenigstens nicht mit Ländern, die einen höheren Lebensstandard haben.

Und doch scheint man in Moskau den Entschluß gefaßt zu haben, «bessere Beziehungen» zum Ausland herzustellen, da das nicht nur unvermeidlich, sondern auch bis zu einem gewissen Grad wünschenswert ist. Zum erstenmal steht nun die UdSSR in diplomatischen Beziehungen mit den meisten Ländern der Erde. Bessere Beziehungen und besonders die Beteiligung an internationalen Körperschaften könnten einiges dazu beitragen, die Gefahren eines Atomkrieges abzuwenden. Jedenfalls vermöchten sie eine Plattform für die Sowjetpropaganda zu bieten, die, was auch immer die westlichen Länder darüber denken mögen, noch immer großen Erfolg bei den rückständigeren Völkern der vier Kontinente zu verzeichnen hat.

Die Abneigung gegen bessere Beziehungen zu den andern Ländern hat teils noch immer etwas von der alten Kreuzzugsmentalität des Marxismus an sich, teils ist sie auf das Streben nach einer neuen Politik zurückzuführen, die infolge der Atom-bombe und anderer in der Welt vor sich gegangener Veränderungen notwendig geworden ist. Die Möglichkeit einer Isolierungspolitik, die wahrscheinlich noch immer

für lange Zeit hinaus in Reserve gehalten werden muß, stellt eine der Theorien der frühen marxistischen Doktrin dar; lediglich theoretische Interpretationen der gegenwärtigen Lage scheinen jedoch recht unangebracht zu sein.

Stalins Rede vor den Wahlen zum Obersten Sowjet im Februar 1946 scheint für England von größter Wichtigkeit gewesen zu sein, vor allem für die englischen Sozialisten; man braucht nur an die Aufnahme, die ihr von fast der gesamten britischen Presse zuteil geworden ist, und an die Beunruhigung, fast Furcht, zu denken, die sie durch ihren Hinweis auf einen «sozialistischen Kreuzzug» sogar bei gewöhnlich vernünftigen Beobachtern hervorgerufen hat.

Stalin hat an zwei Stellen auf seine übliche Methode verzichtet, indem er dem alliierten Anteil am Krieg Gerechtigkeit widerfahren ließ, ja sogar darauf hinwies, daß wir *vor* den Russen in den Krieg eingetreten sind. In einer anderen Wahlrede betonte Shdanow die Klugheit von Stalins Politik, durch die er sich die mächtigsten Alliierten gesichert hätte. Es gab aber auch Reden — so die von Malenkow — die vor allem die Macht der Sowjets betonten. Obwohl die alliierte Kriegsbeteiligung nicht die unserer Ansicht nach gebührende Anerkennung erhalten hat, sagte Stalin in einer anderen Wahlrede, für den innerpolitischen Gebrauch, Dinge, die er zu sagen nicht nötig gehabt hätte, und daß er sie gesagt hat, scheint von entscheidender Bedeutung zu sein. Stalin erklärte weiterhin klar und deutlich, daß dieser letzte Krieg, obwohl er durch kapitalistische und imperialistische Rivalitäten hervorgerufen worden sei, doch einen anderen Charakter gehabt habe als der erste Weltkrieg. Faschismus war eine Neuerscheinung, ebenso die Tatsache, daß die Völker selbst sich erhoben und gekämpft haben. «Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte nur den antifaschistischen und freiheitlichen Charakter des Zweiten Weltkrieges stärken — und hat ihn auch gestärkt.» Diese Anschauung Stalins ist seitdem noch wesentlich bestärkt worden, obwohl er noch immer offen läßt, ob die Ursache des letzten Krieges in der deutschen Aggression oder in der englisch-deutschen Rivalität zu suchen sei.

Stalin hatte auch gesagt, daß der Krieg in Zukunft vielleicht vermieden werden könnte, wenn auf dem Wege der Zusammenarbeit und friedlicher Beschlüsse die Rohstoffe und die Absatzmärkte unter den Ländern gemäß ihrer wirtschaftlichen Bedeutung periodisch neu verteilt würden. Allerdings hatte er hinzugefügt, daß dies «unter den augenblicklichen Bedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht möglich sein werde». Immerhin scheint er die Türe offen gelassen zu haben für eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und nicht sozialistischen Ländern.

Die Strömungen in der Sowjetunion für eine Zusammenarbeit mit dem Ausland

Bezeichnenderweise stellen alle ausländischen Beobachter übereinstimmend fest, daß, obwohl in allen Bevölkerungsklassen der Sowjetunion noch eine starke Furcht vor einem neuen Krieg besteht, praktisch keine Abneigung gegen fremde Länder zum Ausdruck kommt (obwohl einiges Unbehagen über die ausländische Politik der letzten Zeit besteht) und daß auch nicht die leisesten Kriegsabsichten gegen ein anderes Land geäußert werden. Andererseits kann man tagtäglich von Tausenden von

Engländern und Amerikanern Geschwätz über einen bevorstehenden Krieg gegen Rußland hören.

Die ruhigere Haltung, die von den kommunistischen Parteien Englands und Amerikas gewahrt wird, scheint auf eine realistischere internationale Politik der Sowjets schließen zu lassen (womit allerdings nicht gesagt werden soll, daß die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern aus einem grundlegenden Wechsel in der Lage dieser Länder nicht Vorteil ziehen würden). Darüber zu diskutieren, ob der Kreml für die veränderte Politik, die jetzt von ausländischen kommunistischen Parteien betrieben wird, direkt verantwortlich ist, scheint eine akademische Frage, da die Kommunisten zugeben, daß sie in jedem Fall ihre Politik den Interessen der UdSSR anpassen würden.

Obwohl die Sowjetzusammenarbeit in vielen Organisationen fehlt, wo die Welt diese erwartet oder wünscht, sollte man die Fälle in Betracht ziehen, wo sich die Sowjets mit anscheinend befriedigendem Resultat an der internationalen Zusammenarbeit beteiligen, zum Beispiel im Nürnberger Prozeß, bei der europäischen Transportorganisation, bei der Sorge um die *displaced persons* (gemäß dem *Manchester Guardian* vom 13. März), beim Austausch von Wetterberichten, bei der internationalen Radarkonferenz und so weiter. Die Sowjetregierung hat verschiedene Male wichtigen Vorschlägen, auch wenn sie sie nicht eingereicht hatte, zugestimmt, so zum Beispiel in der ersten Sitzung der UNO der englischen Resolution über die UNNRA. Die Ablehnung der Sowjets, der UNESCO als Mitglied beizutreten, ist gegenwärtig verständlich, so sehr auch andere Länder diese Haltung bedauern mögen.

Eine viel gründlichere, weniger doktrinaire Art von Informationsquellen über fremde Länder ist seit ungefähr 1943 dem Sowjetbürger in Gestalt von statistischen Jahrbüchern, ähnlich dem *Statesman's Yearbook*, und öffentlichen Vorträgen verfügbar geworden. Von den ausländischen Zeitungskorrespondenten in Moskau wird leider viel zu wenig über diese Dinge berichtet. Der schlechthininformierte und einseitige Vortrag von Professor Zwawitsch über die englische Presse, über den in den meisten unserer Zeitungen berichtet wurde, steht im Gegensatz zu seriösen und zuverlässigen Vorträgen, die ich mehrere Male in Moskau in den Jahren 1943/44 zu hören Gelegenheit hatte. Informationen über die politischen Parteien und die verschiedenen Regierungsformen der einzelnen Staaten werden aber in dem neuen Handbuch so gut wie gar nicht gegeben; infolge der oft wechselnden Einstellung der Sowjets und angesichts der sehr unsicheren internationalen Lage ist vermutlich eine gründlichere Beurteilung vermieden worden. Die Rolle der kommunistischen Parteien in den fremden Ländern wird im allgemeinen korrekt dargestellt, im Gegensatz zu der übertriebenen Beschreibung, die ihr früher in der *Großen Sowjetenzyclopädie* zuteil geworden war. In öffentlichen Vorträgen wurde viel über die ausländischen Parteien mitgeteilt, und besonders Vorträge, die vor und nach den englischen Wahlen von 1945 gehalten wurden, waren gut dokumentiert und interessant. Doktrinaire Behauptungen über die Zustände in den fremden Ländern scheinen zu fehlen, ebenso in den neueren Ausgaben von Sprachlehrbüchern. Es werden jetzt auch größere Mengen Radioapparate hergestellt, die, wie besonders bemerkt wird, «Sendungen aus allen Ländern» empfangen können. Auch wird eine starke Kampagne durchgeführt, um junge Leute zum Studium fremder Sprachen zu veranlassen, damit sie die Klassiker der Weltliteratur im Original lesen können und so

«imstande sind, die Werke der ausländischen Dichtkunst schätzen zu lernen und sich über die wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen fremder Völker zu unterrichten». Im Jahre 1943 eröffnete die Universität Moskau eine neue Fakultät zum Studium internationaler Fragen, um einen diplomatischen Nachwuchs heranzubilden. Die Studenten sollen in dieser Fakultät sowohl in den Sitten und Gebräuchen des Auslandes als auch in der Geschichte, der Wirtschaft und den Sprachen anderer Völker unterrichtet werden. (In Privatunterhaltungen wurde zugegeben, daß das Bedürfnis nach ausgebildeten Diplomaten und Personal für den Außenhandel sehr groß ist.)

Auch ist die Feststellung wichtig, daß nun einige wenige amerikanische Unterhaltungsfilme (englische so gut wie gar keine) in der Sowjetunion vorgeführt werden; es waren zwar vor dem Krieg auch schon einige gezeigt worden, hauptsächlich hatte es sich aber um politische oder historische Filme gehandelt. Jetzt scheinen die ausländischen Filme genau wie die Sowjetfilme im ganzen Lande vorgeführt zu werden, sowohl in großen Städten als auch in kleinsten Dörfern. Leute, die einen Film wie zum Beispiel «Hundert Mann und ein Mädchen» gesehen haben, bekommen einen Begriff vom Lebensstandard, zumindest einiger Menschen im Westen; auch scheint die Sowjetpropaganda nicht mehr länger anzudeuten, daß die materiellen Bedingungen in der Sowjetunion besser seien als in der westlichen Welt (obwohl sie gewiß besser sind als in den meisten Ländern des Orients oder Afrikas). Im Gegensatz dazu wird natürlich die Ueberlegenheit der Sowjeteinrichtungen stark betont. Eine peinliche Angelegenheit ist die ständige Herabsetzung ausländischer Leistungen und die Neigung, gewisse Entdeckungen, wie zum Beispiel Penicillin, als «Sowjet-Entdeckung» zu bezeichnen, nachdem sie in der UdSSR einigen technischen Verbesserungen unterzogen worden sind.

Angesichts dieser Verhältnisse wird es einem zunächst merkwürdig erscheinen, daß die Sowjetbehörden, gemäß ihren eigenen Situationsberichten, seit 1943 viel dazu beigetragen haben, gute Beziehungen zwischen ihrem Land und den andern Ländern herzustellen.

Die Alternativ-Politik

Es ist nicht nötig, hier über die Anstrengungen zu berichten, die von der Sowjetunion seit 1943 — in der Regel einseitig — zur Erhöhung ihrer Sicherheit und zur Ausbreitung ihres Einflusses gemacht worden sind. Dazu gehören die einseitige Einsetzung der polnischen provisorischen Regierung, die einseitige Arbeit der sogenannten «alliierten» Kontrollkommissionen in den von der Roten Armee befreiten Ländern, die Zonenpolitik in Deutschland und Oesterreich, die Gleichschaltung der Sozialdemokratischen Partei in der deutschen Sowjetzone, die offensichtlich vorsätzliche Politik, die andern Zonen ihrem verzweiferten Schicksal zu überlassen (vielleicht in der Hoffnung, daß die dortigen Kommunisten aus dieser Lage Vorteile ziehen könnten), die (trotz all ihrer Mängel) lobenswerte gründliche Land- und Unterrichtsreform in der Sowjetzone, die Weizenlieferungen an Frankreich als politische Waffe, die Bestellung von großen Lebensmittelmengen in Englands klassischer Vorratskammer, Dänemark, die Durchdringung von Persisch-Aserbeidschan,

die Ermutigung von nationalen Bewegungen im Mittleren Osten, die Einrichtung eines Sowjetspitals in Addis Abeba, die Aufnahme von diplomatischen und Handelsbeziehungen mit dem noch vor einem Jahr als faschistisch gebrandmarkten Argentinien, das rücksichtslose Ueberbieten der Vereinigten Staaten und anderer Länder beim Kauf von argentinischen Produkten, anstatt sich des «Gemeinsamen Nahrungsmittelkomitees» zu bedienen, die fortwährende Herabsetzung englischer und amerikanischer Leistungen, besonders solcher auf sozialem Gebiet. Wenn man alle diese Maßnahmen ausführlich behandeln wollte, erforderte jede eine mindestens ebenso lange Studie wie die vorliegende.

Die Tendenz, die durch solches Vorgehen zutage tritt, scheint die erheblich schwächeren Bestrebungen zur «Herbeiführung besserer Beziehungen» wesentlich zu übertreffen, wenigstens was die Großmächte anbelangt. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß, lange bevor sich der Einfluß der Sowjets durch irgendwelche Methoden weit genug ausbreiten könnte, um die Weltherrschaft zu erlangen, die Spannungen, die die Sowjetunion in ihren Beziehungen zu der Außenwelt befürchtet, den Siedepunkt erreicht haben werden. Und es liegt nicht allein in der Macht der Sowjetunion, diesen gefährlichen Punkt zu vermeiden, selbst wenn ihre Außenpolitik hundertmal taktvoller wäre als sie es in Wirklichkeit ist. Daher muß sich die Sowjetregierung bemühen, die «Vereinten Nationen» als Instrument zur Aufrechterhaltung des Friedens zu benutzen.

Die «Vereinten Nationen» und die neue internationale Entwicklung

In seiner Jungfernrede an der Völkerbundsversammlung im September 1934 hatte Litwinow gesagt: «Der Sowjetstaat hat nie die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Staaten, die verschiedenartige politische und soziale Systeme haben, sich miteinander verbünden könnten, so lange keine gegenseitige Feindschaft besteht und so lange sie gemeinsame Ziele erstreben.» Diese Voraussetzungen sind auch heute noch für die Haltung der Sowjets der UNO gegenüber maßgebend.

Die Sowjetunion wäre in einem Atomkrieg vielleicht das einzige große Land, das sich selbst erhalten und damit rechnen könnte, auf seinem ungeheuren Gebiet Atombombenangriffe zu überstehen. Andererseits könnten, wenn die Atomkriegführung unmöglich gemacht werden sollte, die alten Methoden der Kriegführung noch immer angewandt werden, falls es zum Ausbruch von Streitigkeiten käme. Die UdSSR ist daher gezwungen, eine Isolierungspolitik in Reserve zu halten, genau so wie England keine Eile zeigt, seine Kriegsmarine abzurüsten, so lange es nicht sicher sein kann, daß die UNO ein wirksames Friedensinstrument wird. Die Sowjets werfen der UNO vor, sie gleiche dem Völkerbund, und offensichtlich bevorzugen die Sowjets die Politik der «Großen Drei», da es außer diesen keine wirksame Macht in der neuen Organisation gibt. Es ist aber ausgeschlossen, daß sich die Russen nicht über alle Konsequenzen der Entdeckung der Atombombe klar sein sollten, oder daß ihr Wunsch, einen neuen Weltkonflikt zu vermeiden, nicht aufrichtig wäre. Der beste Beweis dafür war die Reaktion auf Churchills Fultonrede, und wir sollten das in unserem eigenen Interesse nicht übersehen. Daß die Atomkriegführung in der Sowjetpresse und -propaganda verhältnismäßig wenig erwähnt wird, scheint ein sicheres

Zeichen für die Wichtigkeit zu sein, die ihr beigemessen wird. Es hat in der Presse einige wenige Hinweise gegeben auf «Leute, die mit Atombombenpolitik zu spielen versuchen», und die Autorität für Völkerrecht, Professor Korowin, hat gesagt, daß solche Waffen, wie die Atombombe und die Raketenbombe, von den Völkern in Acht und Bann erklären werden müßten.

Es wird oft gefragt, ob die Sowjetunion eine wahrhaft internationale Politik betreibe, das heißt eine Politik zum Besten der Welt, selbst in Fragen, an denen die Sowjetunion nicht unmittelbar interessiert ist, oder, was noch bedeutsamer wäre, eine Politik, bei welcher die Sowjetbeteiligung oft in die Anonymität einer wahrhaft internationalen Organisation, aus der keine Nation besondere Ehre für sich ziehen könnte, eingehen würde.

Man mag nebenbei fragen, ob überhaupt irgend eine Nation heute solch eine Politik betreibt und ob solch eine internationale Politik möglich ist, bevor nicht einige der Interessenkonflikte, zum Beispiel im Mittleren und Fernen Osten, zufriedenstellender geregelt worden sind, als es bis jetzt der Fall war.

Es scheint klar zu sein, daß sich die Politik der «Blockbildungen» durchgesetzt hat, und dies nicht nur auf die Initiative der Sowjetunion hin.

Andererseits hat die Sowjetregierung bei einigen internationalen Fragen, wie denen in bezug auf Frankreich und Spanien und anfänglich bei der Nahrungsmittelversorgung, wo kein Interessenkonflikt zu bestehen braucht, Solidarität gezeigt. Sie hat wichtigen Beschlüssen ihre Zustimmung erteilt, obwohl sie diese nicht vorgeschlagen hatte. Es muß sich nun noch erweisen, ob die Sowjetunion die Zahlen ihrer Getreidereserven bekanntgibt (sie ist das einzige große Land, das es bisher noch nicht getan hat) oder ob sie vorziehen wird, ihre Reserven dazu zu verwenden, Hilfe aus politischen Gründen zu gewähren, wie zum Beispiel durch Angebot der Lieferung von einer halben Million Tonnen Weizen an Frankreich als Antwort auf ein Gesuch von Maurice Thorez. Offensichtlich ist noch keine Antwort auf den tragischen Hilferuf des indischen Delegierten, des Vorsitzenden des «Wirtschaftlichen und Sozialen Rates», erfolgt, der darauf hinwies, daß Indien zur Zeit der Belagerung von Stalin-grad Rußland Weizen geschickt habe, und der nun die Sowjetunion bittet, die Größe ihrer Getreidereserven bekanntzugeben.

Gegenwärtig ist für die Sowjetregierung die Beteiligung an einer wahrhaft internationalen Politik von größter Wichtigkeit. Gelangt sie zur Überzeugung, daß ihr Land und die kapitalistischen Länder nebeneinander, ohne Krieg zu führen, bestehen können, so erhebt sich dann die Frage, in welchem Umfang die Zusammenarbeit erfolgen und besonders wie viele und was für wichtige Konzessionen die Sowjetunion machen muß, um die Herbeiführung einer kriegerischen Entscheidung zu vermeiden. Das muß für den Kreml angesichts der offensichtlichen Drohung eines neuen Krieges das schwerste Problem sein.

Es ist klar, daß der Wiederaufbau der zerstörten russischen Gebiete nur im Rahmen einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation erfolgen kann. Infolgedessen können die Beschränkungen des freien Verkehrs zwischen Sowjetbürgern und den Bürgern anderer Länder nur langsam aufgehoben werden. Und es ist klar, daß die Sowjetpropaganda die Schwierigkeiten, denen fremde Länder gegenüberstehen — die Drohung von Massenarbeitslosigkeit zum Beispiel, das harte Los der farbigen Rassen usw. — betont. Es ist leicht zu erkennen, warum die USA gegenwärtig bei

den diesbezüglichen Angriffen glimpflicher behandelt werden als England. Die Sowjetunion ist nicht in der Lage, den propagandistischen «Weltkreuzzug» zu unternehmen, den angeblich, wie nervöse amerikanische Kommentatoren zu denken scheinen, Stalin in seiner Wahlrede angedeutet habe. Was für ein Erfolg jedoch, so müssen sich die Sowjetführer fragen, könnte von einem Versuch, die Sowjetidee in der ganzen Welt durchzusetzen, erwartet werden? Nach der ersten Versammlung des Sicherheitsrates der UNO wurde in der Sowjetpresse die Tatsache verschwiegen, daß fast alle Vorschläge Wischinskys mit großen Majoritäten abgelehnt wurden; die russische Presse behauptete sogar, die Weltmeinung stünde auf seiten der Sowjetunion als der Verteidigerin der Rechte der Kolonialvölker und der kleineren Nationen. Wird nun erwartet, daß der Sowjeteinfluß sich über die ganze Welt verbreiten soll, oder wird es eine Art von Kompromiß mit den entgegengesetzten Einflüssen geben? Wahrscheinlich ist kein Sowjetführer so doktrinär, daß er diese Frage geradeheraus beantworten würde. Es kann natürlich kein Kompromiß mit den Doktrinen des Kapitalismus erwartet werden, noch mit den Doktrinen und Praktiken des Imperialismus und kolonialer Ausbeutung (ausgenommen aus vorübergehenden taktischen Gründen). Aber dadurch, daß in England die Labour-Partei wieder ans Ruder gekommen ist, hat sich die Lage wesentlich verändert.

Die Sowjetunion und die Sozialdemokratie

Die Auflösung der «Komintern» kann kaum so aufgefaßt werden, als sei damit auch die allgemeine Lehre der Internationalität des Kommunismus aufgegeben worden; die derzeitige Zurückhaltung des Kremls in dieser Frage ist lediglich taktischer Natur. So werden zum Beispiel die russischen Kommunisten nach wie vor aufgefordert, Schriften wie die von Lenin «Doppelte Taktik der Sozialdemokratie» (1905) zu lesen, aus der hervorgeht, daß die Taktik gemäß den örtlichen Verhältnissen, den vorhandenen Parteien und den parlamentarischen Einrichtungen geändert werden müsse, und daß diese Einrichtungen benutzt werden sollen, wenn es dem Sozialismus zum Vorteil gereicht. Eine revolutionäre Aktion sei nur dann zu empfehlen, wenn eine «revolutionäre Situation» vorhanden ist, jedenfalls aber müßten die Sozialdemokraten (so nannten sich die russischen Kommunisten jener Zeit) stets ihre Stellung als «organisierte Vorhut der arbeitenden Klassen» bewahren. Aus solchen Schriften kann man die höchst interessanten Unterschiede in der heutigen Tätigkeit der kommunistischen Parteien in Ländern wie zum Beispiel Bulgarien einerseits und den Vereinigten Staaten anderseits herleiten. Das Verhalten der amerikanischen kommunistischen Partei nach dem Krieg oder das der englischen kommunistischen Partei während der ersten Wochen des Krieges zeigte sowohl, daß sich die kommunistischen Parteien zuweilen eine gewisse Unabhängigkeit von Moskau leisten (was sie zu «Irrtümern» verleiten kann), als auch das allgemeine Prinzip, daß die kommunistischen Parteien, selbst wenn sie nicht direkt vom Kreml geleitet werden, ihre Politik eng in Übereinstimmung mit den internationalen Interessen der Sowjetunion betreiben.

Die Tatsache besteht, daß die kommunistischen Parteien (ausgenommen in den faschistischen Ländern) in den letzten Jahren dank dem großen Prestige der Roten

Armee und der Sowjetunion wesentlich größere Fortschritte erzielen konnten als durch ihre Einmischung in die Klassenkämpfe in ihren eigenen Ländern. Die Kommunisten haben weiterhin den großen Vorteil gehabt, daß die Sowjetbeteiligung an solchen Organisationen wie dem Weltgewerkschaftsbund und der UNO von höchster Bedeutung war. Der gemeinsame Feind war der Faschismus, und die Sozialdemokraten wurden nicht mehr wie vor der Periode der Volksfront wegen ihrer Ideologie oder ihres «Sozialfaschismus» angegriffen.

Es ist wichtig, die Gründe festzustellen, aus welchen die sozialdemokratischen Parteien als solche in den letzten drei oder vier Jahren von der Sowjetunion oder von kommunistischen Parteien einzelner Länder angegriffen worden sind. Es scheinen nur zwei solcher Gründe zu bestehen:

1. Feindschaft gegen die Sowjetunion, wie im Fall der finnischen SP und einiger Sektionen der schwedischen SP.
2. Feindschaft gegen die kommunistischen Landesparteien, wie in Norwegen, Dänemark, Italien und Frankreich bei verschiedenen Gelegenheiten.

Innerhalb der Sowjetunion hat es natürlich keine Änderung in der Haltung gegenüber den Menschewiki oder anderen früheren russischen sozialistischen Parteien gegeben. Während der Wahlkampagne für den Obersten Sowjet wurde des öfteren darauf hingewiesen, daß nur die Bolschewiken das Volk im Jahre 1917 retten konnten und wollten, und daß sie die Grundlage des Sozialismus in Rußland geschaffen haben; eine Parallele ist aber nie hinsichtlich der sozialistischen Parteien anderer Länder gezogen worden.

Die Sowjets und die britische Labour-Partei

Während des Krieges pflegte die Sowjetpresse Linksregierungen, die nicht kommunistisch waren, wie zum Beispiel die Regierung in Mexiko, als «auf den breiten Massen beruhend» zu bezeichnen. Es wäre zu erwarten gewesen, daß nach dem Krieg, wenn die Umstände es erlaubten, diese Haltung geändert würde. Doch die Regierungsübernahme durch die Labour-Partei in England schuf eine neue Situation, die alle übrigen politischen Veränderungen weit an Bedeutung übertraf. Es hätte erwartet werden können, daß, sowie der Krieg gewonnen war, die kapitalistischen Länder wieder ihre rein kapitalistische Wirtschaftsform annehmen würden. Die neue Regierung in England bedeutete aber, daß die britische Labour-Partei nun von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus betrachtet werden mußte als sonst eine Arbeiter- oder sozialdemokratische Partei der Welt. Die Labour-Partei bildete nun eine der Regierungen der «Großen Drei», und sie hatte dies zuwege gebracht trotz den Gefahren, die die Linke ihr wegen mangelnder «Einigkeit» prophezeit hatte. Die Haltung der Sowjets war sowohl vor als nach den Wahlen sehr anders, als man sich, nach der fast unerträglichen Kampagne, die ab September 1945 gegen die englische auswärtige Politik geführt worden war, hatte vorstellen können.

In Moskau war im Juni 1945 für die englischen Wahlen ein unentschiedenes Resultat vorausgesagt worden, was auch die meisten englischen Propheten angenommen hatten. Die Sowjetpresse hatte in den Berichten über den Wahlkampf klar die Meinung vertreten, daß es für das englische Volk und für die übrige Welt günstig

wäre, wenn eine Labour-Regierung ans Ruder käme. Es wurde zwar darauf hingewiesen, daß das Programm der Labour-Partei, obwohl lobenswert, an sich nicht «sozialistisch» sei. Das sehr ähnliche Programm der britischen kommunistischen Partei wurde nicht mit dieser Bemerkung bedacht, doch wurde sie bei den Berichten nicht sonderlich erwähnt. (Die Aussichten ihrer zwölf Kandidaten wurden allerdings zu optimistisch beurteilt.) Die teils lächerlichen Reden von Churchill während des Wahlkampfes wurden so behandelt wie sie es verdienten, doch der Ton, der den Tories gegenüber angewandt wurde, war (abgesehen von einigen, die als sowjetfeindlich angesehen wurden) viel zurückhaltender als die Haltung gegenüber den Republikanern während der amerikanischen Präsidentschaftswahlen, bei der die Anhänger von Dewey als Faschisten bezeichnet worden waren. In Sowjetkommentaren wurde gesagt, daß es in allen Parteien sowjetfeindliche Elemente gäbe, und es wurde natürlich mehr Sorge über die zukünftige britische Außenpolitik als über die englische Innenpolitik geäußert. Gegen Ende des Wahlkampfes schien die Furcht vor den Tories zuzunehmen und es wurde hervorgehoben, daß, obwohl die beiden gegnerischen Parteien im großen und ganzen in ihrer auswärtigen Politik die gleichen Ziele verfolgen würden, doch sehr viel von der Art abhinge, wie diese Politik durchgeführt würde, und das englische Volk könne von der Labour-Partei erwarten, daß sie mehr als die Tories die Arbeiterklassen und die fortschrittlichen Bewegungen in Europa unterstützen werde.

Der Sieg der Labour-Partei wurde als «das größte Ereignis der englischen Geschichte» begrüßt und (von der *Prawda*) als «das wichtigste Ereignis im Nachkriegsleben Europas». Das englische Volk hatte das private Unternehmertum abgelehnt, die «Münchener» Kandidaten waren meist durchgefallen, und es wurde erwartet, daß die neue Regierung nicht «veraltete Systeme und volksfeindliche monarchistische Regime in Europa» unterstützen werde. Der Ruck nach links in England entspreche der Entwicklung in fast allen europäischen Ländern, und ein Kommentator bezeichnete die Regierungsprogramme osteuropäischer Länder als «ziemlich ähnlich dem der Labour-Partei». Und in öffentlichen Vorträgen machten führende Persönlichkeiten sehr vernünftige Ausführungen über das Programm und die Aussichten der Labour-Regierung.

Nach den Wahlen ist dann wenig über die innenpolitischen Leistungen oder über das Programm der britischen Regierung gesagt worden; und das wenige, was gesagt wurde, neigte im allgemeinen dazu, die Bedeutung dessen, was geschaffen worden war, herabzusetzen. Das «Kohlengesetz» wurde als «Staatskapitalismus» bezeichnet, doch wurde immerhin in den *New Times* (der in Moskau in englischer Sprache erscheinenden Zeitschrift) darauf hingewiesen, daß der Kapitalismus gezwungen worden sei, in seinem ursprünglichen Bollwerk, England, einen gewissen Rückzug anzutreten. Der bedeutendste Sowjetfachmann in ausländischen Wirtschaftsfragen, der Akademiker Varga, hatte über die geschwächte und schwierige Position Englands nach dem Krieg geäußert, daß jetzt, da Deutschland besiegt worden sei, der Gegensatz zwischen den beiden anglo-sächsischen Mächten wieder, wie zur Zeit zwischen den beiden Kriegen, zum hauptsächlichen Gegensatz innerhalb der kapitalistischen Welt geworden sei. Varga äußerte sich skeptisch darüber, ob die Engländer den Zahlungsdienst für die amerikanische Anleihe aufrecht erhalten könnten; sonst enthielt sein Artikel aber nichts, worüber man in England anderer Meinung

sein könnte. Übrigens werden seit den Wahlen bezeichnenderweise die Beziehungen zwischen der Labour-Partei und der Kommunistischen Partei Englands nicht mehr kommentiert.

Unmittelbar nach den Wahlen wurden außer den allgemein günstigen Kommentaren in der Sowjetunion auch noch Stimmen geäußert, daß in England das, was Kommunisten eine «theoretische» Anpassung an die Situation nennen, möglich wäre. Eine hervorragende Partei-Autorität sagte in einem öffentlichen Vortrag, daß die Labour-Partei augenscheinlich beabsichtige, im Rahmen des Kapitalismus den Sozialismus aufzubauen, und daß sie zur Durchführung dieser Absicht alle konstitutionellen Mittel zur Verfügung habe. Die britische Bourgeoisie müsse sich zwar einstweilen der neuen Situation anpassen, werde aber zweifellos weiterhin für die Durchführung ihrer eigenen Politik kämpfen. Das war nicht die einzige, die britische Labour-Partei als eine nichtbürgerliche Partei charakterisierende Bemerkung, die ganz im Gegensatz zum früheren Verhalten der Sowjetunion gegen andere sozialdemokratische Parteien steht.

Es muß auch festgestellt werden, daß die Sowjettheorie nicht behauptet, «die notwendige Revolution» müsse die Machtergreifung durch die Waffen bedeuten. Die Verstaatlichung aller Produktionsmittel, der Warenverteilung und des Handels ist bis jetzt erst in einem Land verwirklicht worden, und diese Verwirklichung erfolgte in den Jahren 1917—1921 durch Waffengewalt. Sowohl Sowjet- als auch fremde Kommentare vergessen oft, daß Revolution eine völlige Wandlung des wirtschaftlichen und sozialen Systems bedeutet, daß aber dieses Wort keineswegs, nicht einmal für Marxisten, etwas über die Mittel sagt, durch welche der Wechsel herbeigeführt werden soll. Die Basis der betreffenden landläufigen Sowjettheorie ist noch immer Stalins Erklärung vom Jahre 1924, in den *«Grundlagen des Leninismus»*, daß kapitalistische Länder kaum durch friedliche Mittel sozialisiert werden könnten, wenn nicht wenigstens einige der größeren Länder sozialistisch geworden seien, und daß daher der Sieg des Sozialismus nur in einem Land, der Sowjetunion, nicht als völlig sicher betrachtet werden könne, so lange dieses Land hauptsächlich von kapitalistischen Ländern umgeben sei. Dieser Punkt wurde von Stalin bei wenigstens einer Gelegenheit während des Krieges betont, und er ist offensichtlich maßgebend für die heutige Sowjetaußenpolitik.

Andererseits ist die Rückkehr zur früheren Auslegung einer Theorie von Marx noch nicht versperrt, der, wie Stalin (wieder in den *«Grundlagen des Leninismus»*) zugab, erklärte, daß in England ein friedlicher Übergang zum Sozialismus möglich sei. Gemäß Lenin und Stalin hätte aber die nach Marx' Tod erfolgte Entwicklung des Imperialismus und der militärischen und bürokratischen Machtmittel, welche der Bourgeoisie zur Verfügung stehen, diesen Übergang an die Bedingung geknüpft, daß der gesamte «bürgerliche Staatsapparat» vom Sozialismus übernommen würde. Doch wenn der englische «Imperialismus» unter einer Labour-Regierung friedlich bleibt, werden Marxisten zugeben müssen, daß ein friedlicher Übergang zum Sozialismus in einem Land wie England möglich ist, wo eine ordnungsgemäß gewählte Regierung die Gelegenheit hat, sich die Kontrolle über den ganzen «bürgerlichen Staatsapparat» zu sichern. Wenn jedoch Sowjettheoretiker viel über dieses Thema redeten, könnten Sowjetbürger zu gefährlichen Vergleichen angeregt werden; zudem würden solche

Erörterungen der allgemeinen Tendenz der Sowjets, Prophezeiungen zu vermeiden und die Ereignisse abzuwarten, widersprechen.

Kurz gesagt, die Sowjetmeinung ist gezwungen, Resultate abzuwarten, bevor sie ein «theoretisches» Urteil über die Möglichkeit der Einführung des Sozialismus in England durch eine Labour-Regierung fällen kann. Die Labour-Partei selbst wird kaum ein Urteil verlangen, bevor zehn Jahre vergangen sind, und es müßte ein kühner Brite sein, der hundertprozentig überzeugt wäre (obwohl wir alle in der Labour-Partei es hoffen), daß England in seinem geschwächten Zustand imstande sein werde, seinen Kolonialvölkern Unabhängigkeit zu gewähren sowie ihnen die Mittel zu geben, ihren Lebensstandard rasch zu steigern. Auch wird unser Land kaum imstande sein, den Lebensstandard in der Heimat zu erhöhen und gleichzeitig allem Druck — von innen und außen — gegen eine vollkommene Sozialisierung zu widerstehen, einem Druck, der vermutlich von der kapitalistischen Welt sowohl aus ideologischen als aus rein gewinnsüchtigen Gründen ausgeübt werden wird.

Das Labour-Partei-System im Urteil der Sowjets

In der UdSSR beurteilt man notwendigerweise die Glaubwürdigkeit des Sozialismus der Labour-Partei: 1. nach unserer Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion und ihren Satelliten sowie natürlich auch nach unserer Einstellung zum Weltfrieden im allgemeinen; 2. nach unserer Haltung zu unseren Kolonialvölkern, und erst 3. danach, wie weit sozialistische Maßnahmen in England durchgeführt werden.

Die Sowjetkommentare über unsere Empirepolitik sind nicht so scharf gewesen wie die über unsere Außenpolitik. Diese Kommentare sind entweder skeptisch oder äußerst reserviert gewesen. Die Vorschläge der Kabinettskommission für Indien sind bis jetzt (Anfang Juni 1946) als «nicht das Problem der indischen Unabhängigkeit lösend» betrachtet worden; diese Vorschläge enthielten nichts über den Rückzug der britischen Truppen, und wenn Truppen zurückgezogen würden, so wäre das nur «eine zwangsmäßige Geste». Die Vorschläge zur Regelung der englisch-ägyptischen Frage sind sogar noch skeptischer beurteilt worden: wenn sie für Ägypten günstig wären, so könnte das nur auf Kosten eines anderen Landes des Mittleren Ostens geschehen, das als eine neue britische Empirebasis benutzt würde; und die «nominelle» Unabhängigkeit Transjordaniens wird als eine Drohung für die andern arabischen Staaten betrachtet.

Diese abfälligen Kommentare über unsere Außen- und Empirepolitik sind zum Teil der zu geringen Zahl der Sowjetvertreter im Ausland zuzuschreiben, die sich vor einem näheren Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung hüten müssen, weil «sie nicht unter ausländischen Einfluß geraten dürfen». Viele Sowjetkorrespondenten müssen das berichten, was man im Kreml von ihnen zu hören erwartet, und meist nicht das, was sie wirklich gesehen haben. Doch die gegenwärtige Sowjethaltung zur Innenpolitik der Labour-Partei und zu den Beziehungen zwischen der Labour- und der Kommunistischen Partei Englands läßt darauf schließen, daß wenigstens über einige Aspekte der Tätigkeit der Regierung richtige Berichte geschickt werden.

Für viele dieser feindseligen Kommentare gibt es einen tiefen und dringenden Grund: Bei der gegenwärtigen unsicheren Weltlage muß die Sowjetunion, ebenso wie

andere Länder, jede Unterstützung suchen, die sie im Ausland finden kann. Die Errichtung einer sozialdemokratischen Zitadelle in England wirkte sich sofort auf die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas so aus, daß manche Fusionsverhandlungen mit den kommunistischen Parteien ihres Landes abgebrochen wurden. Infolgedessen ist eine mächtige Stütze beseitigt worden, die sonst durch diese Parteien oder durch Organisationen, an denen sie beteiligt waren, unmittelbar den Interessen der Sowjetunion gedient hätte.

Wenn auch Sozialdemokraten und Labour-Parteiangehörige noch so entrüstet erwidern mögen, daß sie nicht sowjetfeindlich sind — tatsächlich gibt es in allen Ländern unter ihnen nur sehr wenige, die sowjetfeindlich eingestellt sind —, so muß die Sowjetunion doch noch davon überzeugt werden, daß es ihre Interessen nicht schädigt, wenn in andern Ländern der Sozialismus mit andern als kommunistischen Methoden durchgeführt würde. Es hat sich zwar noch nicht erwiesen, ob der Sozialismus mit den Methoden der sozialdemokratischen Parteien durchgeführt werden kann. Diese Parteien könnten sogar von der kapitalistischen Welt gezwungen werden, gegen ihren Willen Konzessionen zu machen, welche für die Sowjetunion schädlich wären. Es könnte ihnen mißlingen, ihre sozialistischen Ziele zu erreichen, und durch dieses Mißlingen könnten sie die kapitalistische Welt ungemein stärken.

Es mag der Sowjetunion in einer friedlichen Welt wenig ausmachen, daß Länder wie England, mit einer starken Arbeiterpartei und einer schwachen kommunistischen Partei, versuchen, den Sozialismus auf ihre eigene Art durchzuführen. Doch im gegenwärtigen Zustand der Weltunsicherheit muß die Sowjetunion sich wegen der allgemeinen Lage Sorgen machen. Es ist eine in der Geschichte erstmalige Situation, und die britische Labour-Partei und die sozialdemokratischen Parteien, die in anderen Ländern an der Macht sind, werden mehr nach ihren Taten als nach ihren Worten beurteilt und mehr nach der mutigen Durchführung ihres Programms als nach ihrer Reaktion auf die ärgerlichen Nadelstiche der sowjetischen und kommunistischen Propaganda, so unerträglich diese auch manchmal sein mögen.

In England wurde angesichts der erbitternden Sowjetproteste gegen die britische Politik in Griechenland und andern Ländern zuweilen der Meinung Ausdruck verliehen, daß «die Sowjetunion eine konservative Regierung vorgezogen hätte». Diese Illusion hat Stalins Reaktion auf Churchills Rede in Fulton gründlich zunichte gemacht. Wenn Churchills Einmischung nicht so unglücklich gewesen wäre, könnte man sich fast darüber freuen, denn unter ihrem Eindruck wies Stalin sein Volk und die Welt darauf hin, daß Churchill bei den Wahlen besiegt wurde, weil die Engländer eine Labourregierung wünschten. (In diesem Zusammenhang scheint Stalin die «Labour-Leute» mit den Kommunisten in Osteuropa gleichgesetzt zu haben.) Stalin erwähnte in seiner Rede Bevin nicht; die *Prawda* und die *Iswestja* griffen ihn jedoch an, wiesen aber darauf hin, daß Churchill nicht die englische Meinung vertrete, und ließen daher typischerweise die Tür offen für eine Verbesserung oder eine Verschlechterung der englisch-russischen Beziehungen. (Wenn sie sich verbessern, so ist die Verdammung von Churchill gerechtfertigt; werden sie schlechter, dann kann Bevin die Schuld zugeschoben werden.)

Die Sowjetunion wirft nicht immer die sozialdemokratischen Parteien mit den andern nicht kommunistischen Parteien in einen Topf. Das russische Verhalten den sozialdemokratischen Parteien Finnlands und der Tschechoslowakei gegenüber im

Gegensatz zu ihrem Verhalten zu denen von Bulgarien, Rumänien und Ungarn kann als Beweis angeführt werden, daß sich die Sowjets über den Unterschied zwischen Ländern im klaren sind, die Erfahrung in liberalen und demokratischen Einrichtungen haben, und solchen, die wenig oder gar keine entsprechenden Erfahrungen besitzen. Wie unverantwortlich auch die Gleichschaltung der Sozialdemokraten in Bulgarien (wo sie nie stark waren) sein mag, so wenig kann sie als typisch für die sowjetrussische Haltung gegenüber den Sozialdemokraten in einem Land wie England betrachtet werden. Zweifellos würde die Sowjetregierung hoch erfreut sein, wenn die kommunistische Partei Englands mit der englischen Labour-Partei sich verschmolze und diese etwa gar beherrschte, aber es wäre ein schweres Fehlurteil, anzunehmen, daß die elastische Sowjetpolitik sich immer den Tatsachen verschließe und sich einem wirklich sozialistischen Staat in England und den Kolonien gegenüber feindselig verhielte, wenn er nicht durch die kommunistische Partei Englands zustandegebracht werden sollte. Die Sowjetunion könnte stets mit einer gewissen Berechtigung behaupten, daß nur den Siegen der kommunistischen Armeen die Errichtung einer wirklichen Labourregierung in England zu verdanken sei. Eine solche Interpretation der «Linie» dürfte einer Regierung kaum schwer fallen, die sogar einen Pakt mit dem nazistischen Deutschland einging, um eine Atempause vor dem erwarteten Krieg zu erhalten.

Eine doktrinäre Labour-Auslegung könnte annehmen, daß die Sowjetunion nur auf das Mißlingen der vorgeschlagenen Labour-Kommunisten-Fusion in England gewartet habe, um eine Kampagne gegen die britischen «Menschewiki» auszulösen. Und in der letzten Zeit wurden von der Sowjetpropaganda einige ausländische «sogenannte fortschrittliche Parteien» des «Menschewismus» bezichtigt. Noch kurz vor seinem Tod hatte Kalinin im «*Bolschewik*» einen Artikel geschrieben, in dem er, an Lenins Studie «*Wer sind die Freunde des Volkes?*» erinnernd, darauf hinwies, daß die Traditionen der Vanderveldes und der MacDonalds noch immer lebendig seien; in diesem Zusammenhang erwähnte er England allerdings nicht. Ein Kommentar wurde im Radio durchgegeben, der «die Sozialdemokratie als die traditionelle Waffe des Imperialismus» in den Händen von Bevin bezeichnete — aber es war ein amerikanischer Kommentar. Die Labour-Partei wird vielleicht auch noch ganz offen als Menschewiki-Partei angegriffen werden, aber nicht lediglich wegen ihrer Haltung zu einer solch kleinen Partei, wie die kommunistische Partei Englands gegenwärtig ist.

Die Sowjetregierung hat die Entsendung einer «Delegation des guten Willens» durch die Labour-Partei nach der UdSSR angenommen. Der Kreml hegt wohl kaum die Hoffnung, Professor Laski, dessen Haltung wohlbekannt ist, zum Eintritt in eine kommunistische Partei Westeuropas zu verführen. Und bei der augenblicklich vorhandenen internationalen Spannung muß etwas mehr als eine gewöhnliche Touristenfahrt beabsichtigt sein. Die Annahme der Delegation in Moskau ist ein höchst bezeichnendes Ereignis in der Weltpolitik. Der Kreml würde gegenwärtig kaum die Vertreter irgend einer anderen nichtkommunistischen Partei der Welt einladen. Die Agentur Taß hat einen Bericht über die auf 1942 zurückgehende Vorgeschichte der Delegation veröffentlicht. Anscheinend sollte eine Delegation der Labour-Partei schon früher in Moskau empfangen werden, doch infolge der englischen Parteikoalition der Kriegszeit war statt dessen eine allgemeine parlamentarische Delegation nach Moskau gegangen. Der jetzige Vorschlag scheint innerhalb von drei

Tagen beantwortet worden zu sein. (Laskis Bericht über seinen Aufenthalt in Moskau und seine Besprechung mit Stalin liegt zurzeit noch nicht vor. — V. G.)

Das Problem der Regelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Wenn meine Analyse und das Gewicht, das ich den verschiedenen Faktoren beilegt habe, zutrifft, ergibt sich, daß die sowjetrussischen «Absichten», ob in Deutschland, Österreich, dem Mittleren Osten oder sonstwo, auf ganz einfache Erwägungen zurückgeführt werden können.

Eine davon ist, daß ein Kompromiß mit dem Kapitalismus nur vorübergehende Vorteile sichern kann, obwohl eine unbehagliche Neutralität viele Jahre hindurch zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern sehr gut bestehen könnte, wenn, wie Stalin sagte, «die Rohmaterialien und die Absatzmärkte unter den Ländern gemäß ihrer wirtschaftlichen Bedeutung auf dem Wege der Zusammenarbeit und friedlicher Beschlüsse periodisch neu verteilt würden». Man möchte sogar glauben, es bestünde eine vage Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten eine solche Neuverteilung freiwillig in die Wege leiten würden, doch ist es schwer vorstellbar, daß dies ohne sozialistische Kontrolle und ohne Verstaatlichung der privatwirtschaftlichen Produktion in den größeren kapitalistischen Ländern erfolgen könnte.

Aber ein Kompromiß über die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und unserer Labour-Regierung und ähnlichen Regierungen wird wohl eher zustandegebracht werden können. Und es ist die internationale Aufgabe der Labour-Regierung, dafür zu sorgen, daß diese Regelung durch einen Kompromiß oder eine Verständigung erreicht wird, nicht durch einen Konflikt. Es ist unsere Aufgabe, klar und deutlich zu zeigen, daß die Welt nicht zwischen den Kommunisten nebst Mitläufern und Nichtkommunisten geteilt ist und auch nicht geteilt zu werden braucht. Es wird wohl viele ereignisreiche Jahre erfordern, dem Kreml zu beweisen, daß unsere Politik nicht so mit dem amerikanischen Kapitalismus verknüpft ist, daß wir uns in eine sowjetfeindliche Koalition oder gar in einen antisowjetischen Krieg müßten verwickeln lassen. Das zu beweisen ist unsere Aufgabe, und die Zukunft Deutschlands, Österreichs, Italiens und der sonstigen umstrittenen Länder und Gebiete hängt von unserer geduldischen, unerschütterlichen, mutigen Durchführung dieser Aufgabe sowohl in unserer Innen- und Empirepolitik als auch in unserer Außenpolitik ab.

Richtlinien für die britische Labour-Politik

Ich möchte hier einige Richtlinien für unsere Politik aufstellen, die dazu verhelfen könnten, die englisch-russischen Beziehungen der nächsten Zukunft zu klären und zu bessern:

1. Wir sollten der Sowjetunion Informationen über die *Atomenergie* und ihre industrielle Verwertung anbieten und darauf bestehen, daß die Atomwaffen nur für die Vereinten Nationen, und nicht für eine, zwei oder drei Mächte reserviert sind.

2. Wir sollten erneut versuchen, eine Möglichkeit zu finden, der Sowjetunion einen großen *Kredit* einzuräumen. Das Haupthindernis für die Belebung des englisch-russischen Handels scheint im Augenblick die Warenknappheit in der Sowjetunion und die Schwierigkeit des Transports von russischem Holz und anderen Exportwaren zu bilden. Doch auf Grund der zahlreichen englischen Anzeigen in sowjet-russischen technischen Zeitschriften ist anzunehmen, daß die Sowjetregierung beabsichtigt, von uns in größerem Umfang Maschinen zu kaufen. Unterhandlungen für einen Handelsvertrag sind, zufolge einer kürzlich im englischen Unterhaus erteilten Auskunft, noch im Gange, und wir sollten uns dabei großzügig verhalten. In dieser Angelegenheit ist Prestige von sekundärer Bedeutung, und es müßte ein Mittel gefunden werden, die finanzielle Pumpe in Schwung zu bringen, auch wenn ein Warenaustausch in größerem Umfange erst in zwei oder drei Jahren einsetzen kann.

3. Wir sollen unser Möglichstes tun, die Sowjetregierung dazu zu bringen, ihren Standpunkt in bestimmten Angelegenheiten, die sie interessieren oder sie zu interessieren glauben, konkret darzulegen. Es versteht sich, daß bei diplomatischen oder sonstigen Verhandlungen nicht sofort alle Karten auf den Tisch gelegt werden, aber es ist üblich, einige Karten im Lauf der Verhandlungen zu zeigen, um diese nicht abubrechen. Allgemeine Aufforderungen, die Karten auf den Tisch zu legen, scheinen keine freundliche Erwiderung von Sowjetseite zu erfahren. Die Sowjetpropaganda äußert sich zwar oft in allgemeinen Ausdrücken, doch die Sowjetdiplomatie scheint diese nicht sehr zu schätzen. Wir mögen die Notwendigkeit, daß zwei Großmächte allein miteinander verhandeln, bedauern, aber was bleibt uns anderes übrig, so lange wir im Verdacht stehen, nur «imperialistische» Interessen zu vertreten? Man muß die Sowjetunion davon überzeugen, daß die Beziehungen einer Labour-Regierung zu den von ihr abhängigen Gebieten nicht auf einem altmodischen Imperialismus beruhen; ferner muß man darauf hinweisen, daß diese Gebiete vielleicht bald aufhören werden, von uns abhängig zu sein.

Natürlich müssen wir in Angelegenheiten, die für uns wichtig zu sein scheinen, einen festen Standpunkt einnehmen, zum Beispiel gegenüber etwaigen sowjetrussischen Einwendungen bei Verträgen zwischen den westlichen Mächten oder bezüglich der Internationalisierung der Dardanellen. Es wäre aber oft vorzuziehen, die Gründe für unseren Standpunkt, oder wenigstens einige davon, privat zu erklären statt in allgemeinen Konferenzen. Wir würden wahrscheinlich dadurch bei den Sowjets an Vertrauen gewinnen.

4. Weder die englische Regierung noch das englische Volk sollten der allerdings erbitternden Sowjetpropaganda zuviel Bedeutung beimessen. Ihr Charakter ist, wie wir bereits angedeutet haben, weitgehend auf innenpolitische Ursachen und auf die gegenwärtige unsichere Weltlage zurückzuführen. Solange die Aussichten der Labour-Partei und der sozialdemokratischen Parteien im Westen noch ungewiß sind, ist nicht zu erwarten, daß diese Art von Propaganda aufhören wird, selbst wenn wir zum Beispiel sofort unsere Truppen aus Niederländisch-Indien oder aus Griechenland zurückzögen. Man verfolge ruhig und aufmerksam Tag für Tag die russischen Propagandaangriffe, und man wird bemerken, daß diese Angriffslust sofort Halt macht, sowie sie dicht davorsteht, «die Lage ganz zu überfluten». Es könnten sich Gelegenheiten ergeben, der Sowjetregierung zu zeigen, wieviel guten Willen sie durch ihre die westlichen Länder plump angreifende Propaganda zu-

nichte macht; doch wahrscheinlich wird es nicht leicht sein, sie davon zu überzeugen — die russischen Propagandisten sind von ihren Erfolgen bei den östlichen und den farbigen Völkern zu sehr beeindruckt. Um die Sowjetunion zu überzeugen — und das könnte nur durch Tatsachen geschehen —, daß unsere langsameren, liberaleren Methoden, zumindest für westliche Länder, geeigneter sind und auf lange Sicht eine raschere Möglichkeit zum gewünschten Erfolg bieten als ein ständiges «bolschewistisches Tempo» und rücksichtslose Zentralisierung, sollten wir weder in unserer Reaktion auf russische Nadelstiche übereilt sein noch zu langsam in den Methoden, die wir gegenüber den primitiveren Teilen unseres Empires oder Gebieten unter unserem Einfluß, wie zum Beispiel Südpersien, anwenden.

Es werden augenblicklich große Mengen von Kurzwellenradioapparaten in der Sowjetunion hergestellt, und die Hörer des russischen Dienstes des britischen Radios werden zweifellos bald konstatieren, daß unser Radio sowohl günstige als auch ungünstige Nachrichten sendet und nur selten auf unmittelbare Angriffe antwortet.

5. Wir müssen natürlich feierlich gegen den Bruch von Verträgen protestieren und darauf bestehen, daß solche Fälle geklärt werden. Obwohl es keine Entschuldigung für die Nichteinhaltung der vertraglichen Verpflichtung der Sowjetregierung, ihre Truppen aus Persien zurückzuziehen, gibt, ebensowenig für ihre Verschleppungstaktik bei den Verhandlungen über diese Frage in der UNO-Versammlung, wäre es doch übereilt, daraus zu schließen, daß das nun immer so sein wird.

Wir jedenfalls werden unsern Verpflichtungen und vor allem unsern Verpflichtungen der UNO gegenüber ernster denn je nachkommen — ernster als seinerzeit unseren Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag. Wenige internationale Verpflichtungen können heutzutage als eine ausschließliche Angelegenheit der beteiligten Parteien behandelt werden; angesichts dieser Tatsache und angesichts der größeren Publizität der internationalen Beziehungen im allgemeinen, müssen wir unsere englische Gewohnheit, gewisse Verpflichtungen zu toten Buchstaben werden zu lassen, da sie zwischen Gentlemen geschlossen sind, revidieren. Es ist besser, solche Verpflichtungen abzuändern, als sie einfach nicht zu erfüllen. Besonders in unseren Beziehungen zur Sowjetunion müssen wir uns *äußerster Korrektheit* befleißigen, uns an Verträge und Vereinbarungen halten und anderseits wenig von unserer alten englischen Gewohnheit erwarten, rein zweckmäßige Beziehungen einzugehen und zu hoffen, sie später zu ernsthaften Verträgen ausbauen zu können. Das ist genau das Gegenteil der russischen Praxis in außen- und innenpolitischen Angelegenheiten. In der Sowjetunion müssen schwerwiegende Entschlüsse erst in einer höheren Sphäre geklärt werden, die Untergeordneten können nur Initiative zeigen, indem sie sie durchführen.

6. Die Unterstützung der britischen Regierung — oder der Mangel an Unterstützung — für fortschrittliche Bewegungen in andern Ländern ist an sich keine Angelegenheit dieser Studie, sondern wird hier nur behandelt, soweit sie die englisch-russischen Beziehungen beeinflusst. Jedenfalls ist sie nicht, wie manchmal behauptet wird, eine Frage, die in allen Fällen durch eine gleichartige Politik behandelt werden kann. Es wäre zum Beispiel undenkbar, daß irgend eine britische Regierung einer politischen Partei, ob fortschrittlich oder nicht, in einem Land wie Holland Ermutigung zuteil werden ließe. Eine solche Einmischung würde sich be-

stimmt von selbst erledigen, ebenso wie eine amerikanische Einmischung in unsere Wahlen.

Es gibt vier Arten von Ländern, in denen gegenwärtig eine englische Einmischung angezeigt sein könnte:

a) Länder, die noch immer faschistische Regierungen haben, wie zum Beispiel Spanien;

b) ehemalige Feindesländer;

c) ehemals besetzte Länder, in denen ausländische Hilfe nötig ist, um wirksame und dem Volkswillen entsprechende Regierungen einzusetzen;

d) Länder, in denen eine wirksame, dem Volkswillen entsprechende Regierungsform nur schwach entwickelt ist und in denen England eine besondere Stellung hat, wie zum Beispiel im Irak.

Unsere Politik in den Ländern der Gruppe a) ist verhältnismäßig einfach durchzuführen. Wir haben unserem Abscheu vor dem Franco-Regime eindeutig Ausdruck verliehen, und wenn sich England in der UNO führend an einer internationalen Aktion beteiligte, um dieses Regime zu beseitigen, wäre das ein Schritt, der wohl eine sofortige Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen herbeiführen würde.

Die Art unserer Politik in Ländern der Gruppe d) zusammen mit unserer Politik in unseren rückständigen Kolonialgebieten würde wahrscheinlich von der Sowjetunion als ein Prüfstein für die zukünftige Natur des britischen «Imperialismus» betrachtet werden. Wenn wir fortschrittliche Bewegungen in solchen Ländern unterstützten, ihnen beistünden und solche Belastungen, wie unsere Besetzung Ägyptens, aufgaben, würde die Wirkung auf die sowjetrussische Meinung auf lange Sicht wahrscheinlich größer sein als die Wirkung unserer Haltung zu den Regierungen von Ländern der Gruppe b) und c).

In den Ländern, welche gegen die Alliierten gekämpft haben, wie Deutschland, Österreich, Italien, Finnland, Bulgarien, Rumänien und Ungarn ist die Autorität, die dort nach deren Kapitulation eingesetzt wurde, eine Alliierte Kontrollkommission, in der die Engländer die gleichen Rechte wie die andern Alliierten haben, um zu bestimmen, welche Autorität die Nachfolge dieser Kommissionen antreten soll...

In der Tschechoslowakei und in den übrigen noch nicht erwähnten früher besetzten Ländern haben die Nachkriegsregierungen keine internationalen Diskussionen hervorgerufen; alle diese Länder hatten vor dem Krieg gut funktionierende parlamentarische Einrichtungen und Regierungsformen, waren in der Sozialgesetzgebung fortgeschritten und hatten nur geringe Schwierigkeiten, ihre Regierungsmaschine wieder in Gang zu bringen. Das gleiche trifft für Finnland zu, und weder die Sowjetregierung noch eine andere Regierung haben sich über die Zusammensetzung oder die Politik der finnischen Nachkriegsregierung beschwert. (Der Waffenstillstandsvertrag zwischen der Sowjetunion und Finnland hat nicht einmal eine Zensurklausel enthalten, wie das bei den Waffenstillstandsverträgen mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn der Fall war.)

Die Länder, deren Regierungsbildung Gegensätze zwischen der Sowjetregierung und der britischen hervorgerufen haben, sind Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen und Griechenland — alles Länder, deren parlamentarische Regierungsformen und soziale Gesetzgebung vor dem Krieg nur schwach entwickelt waren. Vergleicht man im Zusammenhang damit die Zustände in Deutschland und Österreich mit denen in

der Tschechoslowakei und Finnland, so scheint die Sowjetpolitik die Linie zu verfolgen, daß in Ländern, die Erfahrung in parlamentarischen Einrichtungen und sozialen Gesetzgebungen haben, der Einfluß der nationalen kommunistischen Parteien oder des von Kommunisten beherrschten nationalen Blocks nicht so rigoros ausgeübt werden muß, wie in Ländern, die rückständig gewesen sind.¹

In Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen sind nun Regierungen errichtet worden, deren Politik jedenfalls fortschrittlicher ist als die fast all ihrer Vorgängerinnen. Ob das allerdings dem Volkswillen entsprechende Regierungen sind, ist eine andere Frage. Die wirkliche Streitfrage zwischen der russischen und der britischen Regierung bezüglich dieser Länder scheint darin zu bestehen, daß die Engländer die Forderungen gewisser Parteien unterstützen, deren Beteiligung an den Regierungen diese dem Volkswillen entsprechender gestalten würde; diese Parteien stehen aber bei den Russen im Verdacht, sowjetfeindliche Elemente zu enthalten. Die Feststellung, ob diese Parteien tatsächlich sowjetfeindlich sind, würde eine detaillierte Untersuchung der Innenpolitik der betreffenden Länder erfordern, wozu hier kein Raum ist. Sollten wir aber sowjetfeindliche Elemente unterstützen, müßte damit natürlich sofort aufgehört werden. Doch wenn die Parteien, die wir unterstützen, nur deswegen als sowjetfeindlich verdächtigt werden, weil sie sich einem von Kommunisten geführten Block nicht anschließen wollen, wäre das kein Grund für uns, aufzuhören, ihre Forderungen zu unterstützen. Das Recht, unserer Meinung über die Zusammensetzung dieser neuen Regierungen Ausdruck zu verleihen, ist wohlbegründet, und der Verdacht der Sowjets — wenn es nur ein Verdacht ist — ist ein Teil des allgemeinen russischen Verdachtes gegenüber nichtkommunistischen Kräften und wird auch nicht durch irgendwelche Handlungen, die wir in diesen Grenzländern vornehmen könnten, beseitigt werden.

Wir müssen aber einsehen, daß wir, obwohl wir nicht gezwungen werden können, diese Regierungen als dem Volkswillen wirklich entsprechend anzuerkennen, doch in absehbarer Zeit gezwungen werden könnten, sie als *de facto*-Regierungen anzuerkennen; diese Situation ist in der diplomatischen Geschichte nicht neu. Wenn das geschieht, sollten wir diese Regierungen als immerhin fortschrittliche Regierungen betrachten, die in mancher Hinsicht, wenn nicht gar in fast jeder Hinsicht, für die Völker dieser Länder besser sind als alle ihrer Vorgängerinnen. Daß erst so wenige englische Kreise diese Tatsache einsehen, schadet den englisch-russischen Beziehungen sehr.

Griechenland ist ein besonderer Fall: die Sowjetregierung hat sich dort nach der Vertreibung der Nazi an der Regierungsbildung überhaupt nicht beteiligt und hatte auch keine amtliche Meinung über die dortigen Verhältnisse geäußert, bis sie eingeladen wurde, an der Überwachung der Wahlen teilzunehmen. Hätten wir den russischen Vorschlägen Folge gegeben und uns an den Wahlen völlig desinteressiert, wäre ihr Resultat bestimmt noch schlimmer ausgefallen als es tatsächlich der Fall ist. Mit unserem Wunsch, das Plebiszit über die Moranchie beschleunigt herbeizuführen, haben wir offensichtlich einen Fehler begangen; wir haben die Kräfte unter-

¹ Man möge in dem Zusammenhang über die für einige Beobachter so unerwartete Zurückziehung der Sowjettruppen aus Bornholm und den Finmarken nachdenken.

schätzt, die vor nichts zurückschrecken, um ihr Ziel zu erreichen, und die die parlamentarischen Einrichtungen nur dazu benützen wollen, um ihre eigene Stellung zu festigen. Man möchte aber die augenblickliche Situation eher nach ihrer Wirkung auf das griechische Volk als nach ihrer Wirkung auf die Sowjetregierung, die einen schlechten Rat erteilt hatte, beurteilen. Die englisch-russischen Beziehungen könnten jedoch vielleicht gewinnen, wenn wir aus der griechischen Frage die Lehre zögen, daß in einigen Ländern selbst die freiesten Wahlen nicht genügen. Jedenfalls ist es nötig, den fortschrittlichen Kräften zu helfen und die Aktivität der Reaktionäre zu verhindern, wie wir das in unserer deutschen Zone auch tun.

Und nun schließlich zu Deutschland: wir werden fortfahren, nicht-nazistische Bewegungen zu unterstützen, vor allem die sozialdemokratische Partei, und wir werden uns weigern, Parteien zu veranlassen, sich gegen ihren Wunsch mit den Kommunisten zu fusionieren. Wir dürfen aber in Angelegenheiten wie Lieferung neuer Schulbücher oder Einführung der Landreform nicht hinter der Sowjetunion zurückstehen. Denn der Sowjetunion kann die Berechtigung unserer Politik in Deutschland, wie überhaupt unserer gesamten Politik, nur durch Taten, und nicht durch gute Vorsätze bewiesen werden.

EDUARD WECKERLE

*Pierre Coullery, der Arzt der Armen**

(geb. am 18. November 1819 in Villars-sur-Fontenais,

gest. am 26. Januar 1903 in La Chaux-de-Fonds)

Unter denjenigen, die im vorigen Jahrhundert in der welschen Schweiz die Arbeiterbewegung aus der Taufe hoben, diese zu ihren ersten Gehversuchen anleiteten und sie immer wieder aufs neue begeistert anfeuerten, wenn Rückschläge und Mißerfolge den Mut erlahmen ließen, steht als überragende und noch in die Gegenwart fortwirkende Gestalt *Pierre Coullery*.

«*Arzt der Armen*» nannte ihn verehrend das Volk, und das war Coullery. Nicht nur stellte er allen Armen seine ärztlichen Kenntnisse selbstlos zur Verfügung, sondern fast mehr noch ging sein ganzes Tun und Wirken darin auf, das Volk von der Armut selber zu heilen und der Arbeiterschaft in der Gesellschaft den Platz zu erstreiten, auf den sie durch ihre Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart berechtigten Anspruch hat. «Sklaven, Parias, Knechte, Arbeiter aller Zeiten und aller Länder», so rief er dem arbeitenden Volke ermunternd zu, «alles Kapital und alle Reichtümer sind das Werk eurer Hände. Kraft der natürlichen Gesetze, die darum göttlich sind, seid ihr berufen, die Herren der Welt zu sein. Haltet fest an diesem Glauben, und eure Nachkommen werden die Verwirklichung dieses Reiches

* Aus «*Le bon combat*», herausgegeben von der Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale.